

Mitglied Gruppe FDP/FW

Ausschussvorsitzender Dr. Günther Schulte

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Stellv. Ausschussvorsitzende Petra Stomberg

bis 17:10 Uhr

Mitglied SPD-Fraktion

Beigeordnete Nurhayat Bakir

Ausschussmitglied Christina Heide

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Astrid Zaage

Freie Jugendhilfe

Ausschussmitglied Elke Heckmann

Ausschussmitglied Andreas Koût

Ausschussmitglied Gerda Rohlfing

Ausschussmitglied Rüdiger Schaarschmidt

beratende Mitglieder

Vertreterin der Interessen ausländischer Kinder u. Jugendlicher

beratendes Mitglied Hildegard Biermann

Ev.-luth. Kirche

beratendes Mitglied Doris Voges

Röm.-kath. Kirche

beratendes Mitglied Andreas Boltzen

bis 17:20 Uhr

Lehrervertreterin

beratendes Mitglied Renate Sopp-Dreyer

in der Jugendhilfe erfahrene Person

Klaus Puschmann

Leiter des Jugendamtes

Fachbereichsleitung Jugend Jörg Ratzmann

Stadtjugendpfleger

beratendes Mitglied Jan Gerjets

Gleichstellungsbeauftragte

beratendes Mitglied Cordula Franke

ab 15:35 Uhr bis 16:30 Uhr

von der Verwaltung, Jugendamt

Jürgen Broda

Wiebke Hacke

Andreas Leonhardt

Protokollführerin

Blanca Homma

als Gast

Stephanie Schneider

Alexandra Thaler

Es fehlte entschuldigt

beratendes Mitglied Bernhard Busemann

Ausschussmitglied Martin Ehlers

Beigeordneter Thorsten Moriß

Dezernent Armin Schönfelder

beratendes Mitglied Petra Schrecker-Steinborn

in der Jugendhilfe erfahrene Person

Mitglied Gruppe CDU/WBV

AFD-Fraktion

Erster Stadtrat

Elternvertreterin

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 12. Mai 2021
- 4 Budgetbericht Fachbereich 51 – Jugendamt
- 5 Bericht Sommerferienprogramm 2021
- 6 Bericht Familienzentren 2020
- 7 Bericht Schellingstraße - Umzug ab 1. September 2021
- 8 Vorstellung Projekt "Wohnen für junge Volljährige" (aktuell noch ein Projekt über die Familienzentren)
- 9 Mitteilungen und Anfragen
 - 9.1 Tagesmütter – Betreuungszeiten
 - 9.2 Bewerbung "weltoffene Kommune"
 - 9.3 Handlungskonzept Integration

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Schulte eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Feststellung der Tagesordnung erfolgt einstimmig.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 12. Mai 2021

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 12. Mai 2021 konnte der Einladung noch nicht beigelegt werden und deshalb wird dieser TOP auf die nächste Sitzung vertagt.

Beschluss:

-vertagt-

4 Budgetbericht Fachbereich 51 - Jugendamt

Herr Ratzmann stellt mit Hilfe einer PowerPointPräsentation (Anlage 1) den Budgetbericht des Fachbereichs Jugendamt mit Prognose für das Jahr 2021 vor.

Die Einhaltung des Finanzbudgets ist gefährdet. Die Differenz der Prognose 31.12.21 zum Ansatz zeigt eine Verschlechterung des Ergebnisses von 3.386.201,95€. Es bestehe keine Steuerungsmöglichkeit, da es sich hierbei um notwendige Hilfen handle. Die Mehrbedarfe ließen sich hauptsächlich auf die Bereiche Heimerziehung (Mehrbedarf von etwa 2 Mio. €) sowie Eingliederungshilfe (Mehrbedarf von etwa 750.000 €) zurückführen. Für die anderen wesentlichen Produkte Vollzeitpflege und Tageseinrichtungen für Kinder werden die

Haushaltsmittel voraussichtlich ausreichen.

Risikofaktoren für den Haushalt seien pandemiebedingt erhöhte Kosten und Preissteigerungen der Hilfen. Auch die Übernahme kostenintensiver Hilfen von anderen Jugendämtern für zugezogene Familien sei ein erheblicher Kostenfaktor. Weitere Informationen können der Anlage 1 entnommen werden.

Herr Puschmann fragt, ob die Abrechnungssystematik der Kindertagesstätten spitz abgerechnet werden. Herr Ratzmann antwortet, dass das System gerade umgestellt und bis Ende des Jahres mit allen Trägern eine Spitzabrechnung vereinbart sein werde.

Frau Bakir fragt, ob es für den Ausgleich des Mehrbedarfs Möglichkeiten gibt, Förderungen zu bekommen oder ob dieser kommunal finanziert werden müsse und wie die Kosten gesenkt werden können. Herr Ratzmann informiert, dass die Kosten nicht gesenkt werden können, da das Kindeswohl priorisiert werden müsse. Insbesondere bei Zugezogenen bestehe keine Steuerungsmöglichkeit. Herr Dr. Schulte befürwortet den Vorschlag eines Länderausgleichs, nach einer kurzen Diskussion pflichten ihm Frau Stomberg, Herr Schaarschmidt und Herr Koût bei, dass eine Lösung auf Bundesebene gesucht werden müsse. Herr Dr. Schulte gibt an, dass es sich um ein grundsätzliches soziales Problem handle. Die Einhaltung des Haushalts sei jedoch auch von der Haushaltsplanung abhängig.

5 Bericht Sommerferienprogramm 2021

Herr Gerjets stellt den Bericht zum Sommerferienprogramm 2021 vor. Dieses sei in Kooperation mit dem Sportbüro und zahlreichen Vereinen/Verbänden in Wilhelmshaven entstanden. Das Programm sei unter www.wilhelmshaven.feripro.de online einsehbar, Anmeldungen seien ab Anfang Juli möglich. Aufgrund der pandemiebedingten Planungsunsicherheiten gibt es in diesem Jahr keine gedruckte Broschüre. Von 34 Veranstaltenden gibt es insgesamt 80 Angebote (Stand: 08.06.21) für Kinder zwischen 6 und 18 Jahren.

Fahrten und Freizeiten finden in diesem Jahr nicht statt. Den Ferienpass-Gutscheinbogen wird es in diesem Jahr haushaltsbedingt nicht geben. Die Veranstaltungen werden in Kürze in der Presse beworben.

Frau Heide fragt, ob es auch Schwimmkurse für Jugendliche gäbe. Herr Ratzmann sagt, dass 20 Kurse für 6jährige Kindergartenkinder in Vorbereitung sind, im kommenden Schuljahr sollen darüber hinaus auch für Grundschulen Kurse angeboten werden. Frau Biermann sieht ebenfalls eine hohe Relevanz von Schwimmkursen, insbesondere für Jugendliche. Frau Sopp-Dreyer stimmt zu.

Herr Dr. Schulte gibt zu bedenken, ob dies eine Frage für den Schulausschuss sein könnte.

Frau Biermann fragt, ob es auch Lernförder-Angebote für Kinder in den Sommerferien geben wird. Herr Ratzmann gibt an, dass er den Schwerpunkt auf soziale Kompetenzen legt, es werde jedoch mit Swim and Learn ein Programm für Grundschulkinder angeboten, mehr sei finanziell nicht möglich.

Herr Bolten stellt ein Ferienlager der kath./ev. Jugend vor, bei dem Eltern über ihren Kostenbeitrag selbst entscheiden können. Das Ferienlager werde durch Spendengelder finanziert. Es seien noch etwa 40 Plätze frei.

6 Bericht Familienzentren 2020

Herr Ratzmann informiert darüber, dass das 10jährige Jubiläum der Familienzentren pandemiebedingt lediglich mit einem Pressebeitrag gefeiert werden konnte. Es sei ein Film über die Arbeit der Familienzentren während der Pandemie gedreht worden, dieser soll in der Zukunft gezeigt und auf den Homepages veröffentlicht werden.

Die Familienzentren haben mithilfe neuer Lastenfahrräder sozialräumlich gearbeitet, was sehr gut angekommen sei. Herr Ratzmann betont, dass sie sehr wertvolle Arbeit geleistet haben.

7 Bericht Schellingstraße - Umzug ab 1. September 2021

Herr Leonhardt stellt das neue Gebäude des Jugendamts in der Schellingstr. 15 vor, in das das Jugendamt am 1. September den Umzug plant. Das 1912 erbaute, denkmalgeschützte Gebäude sei umfassend saniert worden. Die Zufahrt zum Gebäude sei über den Mühlenweg geplant, da die Schellingstr. weitestgehend Fahrradstraße ist. Parkflächen seien ebenfalls am Gebäude geplant, der Außenbereich werde aber voraussichtlich erst in 2-3 Jahren fertiggestellt.

Die Geschosse sollen farbig kodiert werden, um das Zurechtfinden im Gebäude zu erleichtern. Im Erdgeschoss werden besonders publikumsintensive Bereiche unterkommen, im 1. OG werden Jugendsozialdienst und Jugendgerichtshilfe zu finden sein. In das Dachgeschoss werden Fachbereichsleitung, weitere Abteilungen und der Fachbereich Bildung und Sport einziehen.

Frau Zaage erkundigt sich, ob alle Abteilungen des Jugendamts in das Gebäude einziehen. Herr Leonhardt antwortet, dass fast alle Bereiche dort einziehen. Lediglich die Bereiche, die bewusst außerhalb des Jugendamts verortet werden, z. B. Beratungszentrum und Beratungszentrum S. U. S. I., werden nicht mit einziehen. Weiterhin bleibt das Migrationsbüro in der Kieler Str. bestehen, da es künftig ggf. dem Sozialamt zugeordnet werden soll. Frau Bakir erfragt, wie viele Personen einziehen und wie der Umzug genau

geplant ist. Herr Leonhardt rechnet mit 95 Personen, die im Zeitraum von September bis Anfang Oktober schrittweise alle umziehen. Herr Ratzmann gibt an, dass er gemeinsam mit Herr Leonhardt den Umzug akribisch logistisch geplant habe. Dabei sei von besonderer Relevanz, dass die Funktionstüchtigkeit im Hinblick auf den Kinderschutz durchgehend gegeben ist.

Herr Leonhardt fügt hinzu, dass im neuen Gebäude direkt am Eingang eine zentrale Servicestelle geplant ist, um die Kunden und Kundinnen empfangen zu können. Das soll Orientierung für die Kunden und Kundinnen sowie Entlastung für die Mitarbeitenden schaffen.

8 Vorstellung Projekt "Wohnen für junge Volljährige" (aktuell noch ein Projekt über die Familienzentren)

Herr Gerjets präsentiert das Projekt „Wohnen für Junge Volljährige“. Das über die Sozialraumgremien finanzierte Projekt laufe seit Dezember 2020 und biete jungen Volljährigen, die von Obdachlosigkeit bedroht sind, Unterkunft und Unterstützung. Es habe sich ein hoher Bedarf gezeigt, insbesondere bei jungen Menschen im Übergang zwischen Schule und Beruf sowie zwischen Elternhaus und Selbstständigkeit. Ziel sei es, eine kurzfristige, vorübergehende Unterkunft zu bieten und Unterstützung zur langfristigen selbstständigen Lebensführung zu bieten. Die insgesamt vier Schlafplätze wurden durch Streetwork und ProAktiv belegt. Die Wohnung werde von einem Träger zur Verfügung gestellt.

Bisher sei das Projekt sehr gut gelaufen, insgesamt 12 Teilnehmende haben die Wohnung genutzt. Die Kosten für ein Jahr werden sich auf etwa 18.000 € belaufen, wobei 28.000 € geplant waren. Die geringeren Kosten sind darauf zurück zu führen, dass statt zwei Wohnungen nur eine Wohnung bereit gestellt wurde. Ende November wird die Finanzierung durch die Sozialraumgremien auslaufen. Relevant sei, eine dauerhafte Finanzierungslösung zu finden, ggf. in langfristiger Zusammenarbeit mit dem Jobcenter.

Herr Koût und Frau Bakir geben positives Feedback und bestätigen den Bedarf. Frau Bakir erkundigt sich weiterhin nach der Entwicklung der Jugendlichen. Herr Gerjets schildert, dass es unterschiedliche Fälle gäbe. Herr Ratzmann möchte das Projekt „auf feste Füße“ stellen und schlägt hierfür zum Jahresende einen Beschluss des Jugendhilfeausschusses vor. In diesem Zusammenhang können weitere Details vorgestellt und geklärt werden.

9 Mitteilungen und Anfragen9.1 Tagesmütter - Betreuungszeiten

Frau Thaler stellt sich und ihre Arbeit als Kindertagespflegeperson vor. Ein wichtiges Anliegen, welches sie heute ansprechen möchte, sei der Betreuungsumfang. Obwohl Tagespflegepersonen den selben Förderauftrag hätten, werde bei ihnen nur die Hälfte der Stunden dafür finanziert. Frau Schneider gibt an, dass der Betreuungsumfang laut Gerichtsurteilen der Kinder im Rahmen des Kindeswohls nur von den Kindseltern festgelegt werden dürfe. Aktuell werden in Wilhelmshaven wöchentlich 20 Betreuungsstunden für Kinder gefördert. Darüber hinaus gehende Betreuungszeiten werden nur dann gefördert, wenn die Notwendigkeit durch Berufstätigkeit und Arbeitswege nachgewiesen werden könne. Sie bemängelt, dass die 20-Stunden-Grenze in der Satzung das Wunsch- und Wahlrecht der Kindseltern einschränke. Das stelle die Tagespflegepersonen und Kindseltern vor pädagogische, organisatorische und wirtschaftliche Herausforderungen. Sie fordert daher, dass die 20-Stunden-Grenze aus der Satzung aufgehoben werde.

Als einen weiteren Aspekt führt Frau Schneider die Kündigungsfristen an. Bei kurzfristigen Abmeldungen der Kinder würden die vertraglich vereinbarten Kündigungsfristen oft nicht eingehalten. Neben den sozialen Auswirkungen für die Kinder sei das auch ein wirtschaftliches Problem für Kindertagespflegepersonen, da das oft mit wenig aussichtsreichen und aufwändigen Zahlungsaufforderungen und Gerichtsverfahren verbunden sei. Frau Schneider erläutert, dass sie verpflichtet sei, den Platz bis zum Vertragsende bereit zu halten, und hält es daher für notwendig, dass der Platz auch so lange weiterhin von der wirtschaftlichen Jugendhilfe gefördert wird.

Frau Thaler fügt hinzu, dass bei der Anmeldung ein Bogen von Eltern und Tagespflegepersonen unterschrieben werden müsse. Sie kritisiert, dass das bei der Abmeldung nicht der Fall sei. Mit einem Abmeldebogen könne das Datum festgelegt und das Problem ohne weitere Kosten behoben werden.

Herr Dr. Schulte fragt nach der benannten Satzung. Deren Existenz bestätigt Herr Ratzmann.

Herr Ratzmann hält es für notwendig, die Kindertagespflege weiter zu stärken, fügt aber hinzu, dass die Stadt Wilhelmshaven dem System Kindertagespflege während der Pandemie viel Stabilität bot. Herr Ratzmann befürwortet die Anliegen, gibt jedoch zu bedenken, dass mit Steuergeldern bedacht gehaushaltet werden müsse und hält es daher für notwendig, die Anliegen genau zu überprüfen. Er schlägt daher vor, die Anliegen zu vertagen, um Lösungen zu finden.

Herr Dr. Schulte sagt, dass dafür eine Vorbereitung notwendig sei, um dem komplexen Thema gerecht zu werden. Herr Schaarschmidt hält im ersten Schritt eine rechtliche Prüfung durch die Verwaltung für sinnvoll. Er merkt an, dass der Satz von 4,50 € brutto pro Kind gilt und Abzüge wie Sozialversicherungen und Gebäudekosten bedacht werden

müssen. Insofern stimmt er Herrn Ratzmann zu, dass dieses Thema zu Beginn der neuen Sitzungsperiode zum Schwerpunkt gemacht werden müsse.

Herr Schulte fügt hinzu, dass es in dem Urteil zwar heißt, dass die Eltern die Bedarfe bestimmen, dass diese jedoch begründet sein müssen. Damit soll das Anliegen jedoch nicht geschwächt werden. Er schlägt daher vor, dass das Thema durch die Verwaltung vorbereitet werde. Herr Ratzmann stimmt zu.

9.2 Bewerbung "weltoffene Kommune"

Herr Leonhardt berichtet aus dem Migrationsbüro: Die Bewerbung der Stadt Wilhelmshaven als „weltoffene Kommune“ war erfolgreich. Das Bertelsmann-Modellprojekt bietet viele spannende Möglichkeiten wie z. B. einen Bürgerdialog, Schulungen für Ratsmitglieder und einen „Selbstcheck“ für die Kommune.

9.3 Handlungskonzept Integration

Als Information aus dem Migrationsbüro ergänzt Herr Leonhardt: Am 29.04.20 wurde das Handlungskonzept Integration beschlossen. Dazu wurden nun erste Ergebnisse zusammengetragen, diese sollen demnächst in den Ausschüssen vorgestellt werden.

Es gibt keine weiteren Anmerkungen aus dem Auditorium. Herr Dr. Schulte schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:35 Uhr.

gez.

gez.

gez.

Schönfelder
Erster Stadtrat

Dr. Schulte
Vorsitzender

Homma
Protokollführerin